



## **Axel Knoerig**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

stv. Vorsitzender des  
Ausschusses für Arbeit und Soziales

Berlin, 26. September 2023

## **Positionspapier**

# **„Entlastungen für energieintensive Betriebe“**

### Ausgangslage

Die Wirtschaft in Deutschland stagniert. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, verharrte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im zweiten Quartal 2023 auf dem Niveau des Jahresanfangs, über das gesamte Jahr gesehen wird es, im Gegensatz zum Rest Europas, sogar um 0,4 Prozent schrumpfen. Im kommenden Jahr sieht die Konjunkturlage nicht besser aus: So prognostiziert das Ifo-Institut für 2024 ein Wachstum von lediglich 1,4 Prozent.

Gerade die energieintensiven Betriebe haben nach kräftezehrenden Pandemie Jahren nun unter den Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine zu leiden. Jeder Arbeitsplatz in der energieintensiven Grundstoffproduktion mit rund 850.000 Beschäftigten sichert etwa zwei Arbeitsplätze in anderen Industriezweigen und im Dienstleistungssektor; rund 2,5 Millionen Arbeitsplätze sind daher aufgrund der hohen Energiekosten bedroht.

### **Immer mehr Betriebe erwägen eine Standortverlagerung**

Die Regierungskoalition führt die konjunkturelle Flaute vor allem darauf zurück, dass Deutschland als Exportnation gilt und daher besonders unter den globalwirtschaftlichen Turbulenzen zu leiden hat. Gespräche der Arbeitnehmergruppenmitglieder mit Mittelständlern wie Großkonzernen lassen jedoch den Schluss zu, dass der Gedankengang der Regierung zu kurz greift. Unsere Wirtschaft leidet unter erdrückenden Steuern und Abgaben, einer überbordenden Bürokratie und einem wachsenden Mangel an Fachkräften infolge des demographischen Wandels.

Nicht zuletzt stellen die seit Beginn des Kriegs in der Ukraine stark angestiegenen Energiekosten Industriekonzerne wie auch den Mittelstand vor große Herausforderungen. Der Effekt der von der Bundesregierung zum 1. März 2023 auf den Weg gebrachten staatlichen Gas- und Strompreisbremse ist weitestgehend verpufft. Zu viel Bürokratie und Beschränkungen bei der Antragstellung führen dazu, dass nur wenige energieintensive Firmen die Subvention nutzen, oft nur die leichter zugängliche Minimalförderung beantragen. Immer mehr Betriebe prüfen stattdessen eine Standortverlagerung ins Ausland, einhergehend mit schwerwiegenden Folgen für die Arbeitnehmer durch den Abbau bzw. die Verlagerung von Arbeitsplätzen.

### **Maßnahmen der Regierung werden Ernst der Lage nicht gerecht**

Deutschland droht seine wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren, wenn die energieintensiven Mittelständler sowie Industriekonzerne nicht schnellstmöglich entlastet werden. Dass die Regierungskoalition im Rahmen ihrer Kabinettsklausur in Meseberg bzw. des Wachstumschancengesetzes hinsichtlich der Maßnahmen gegen die gestiegenen Energiekosten im Vagen bleibt und sich stattdessen im bürokratischen Klein-Klein verstrickt, wird dem Ernst der Lage in keiner Weise gerecht. Vielmehr werden die Unternehmen durch unausgorene Gesetze und andauernde koalitions-interne Streitigkeiten weiter verunsichert.

### Zielsetzung

Um den Wirtschaftsstandort Deutschland und die damit verbundenen Arbeitsplätze mittel- und langfristig zu sichern, bedarf es umgehend tiefgreifender Entlastungen im Energiesektor. Die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion stellt deshalb folgende Forderungen auf:

- I. **Zeitlich befristeter Brückenstrompreis** von 6 Cent pro Kilowattstunde: Dieser soll bis zu dem Zeitpunkt gelten, an dem die Betriebe vom günstigen Strom aus erneuerbaren Energien profitieren können.
- II. **Senkung der Stromsteuer** auf ein europäisches Minimum von 0,05 Cent pro Kilowattstunde für Versorger sowie Letztverbraucher für betriebliche Zwecke und **Halbierung der Netzentgelte** für alle.
- III. **Eine wirksame Industriestrategie**, die strukturell bessere Rahmenbedingungen für unsere Betriebe schafft, bspw. in Form von schnelleren Genehmigungen für Industrieanlagen, Turbo-Abschreibungen für Investitionen sowie eines sofortigen Stopps neuer belastender Regulierungen auf europäischer und nationaler Ebene.

- IV. **Eine Strategie für Energiesicherheit**, die ein Konzept für den Bau dringend benötigter wasserstofffähiger Gaskraftwerke vorsieht, sowie neben dem Ausbau von Photovoltaik und Windenergie die Potenziale von Wasserkraft, Bioenergie, Solarthermie und Geothermie stärker einbezieht. Nur durch die Ausweitung des Energieangebots sinken die Kosten für Energie.
  
- V. Der **tiefgreifende Transformationsprozess** in der deutschen Wirtschaft darf durch die derzeitige Konjunkturflaute nicht gefährdet werden. Im Rahmen der Umstellung der Industrie auf erneuerbare Energie müssen wir technologieoffen bleiben, Entwicklungspotenziale heben und Arbeitnehmer durch Fort- und Weiterbildungen auf die neuen Prozesse vorbereiten. Für die Energiewende benötigen wir Mut zur Investition statt Einsparungen.

### Vorgehen

Die Arbeitnehmergruppe nimmt die Sorgen der Betriebe ernst. Deshalb appelliert sie an die Regierung, schnellstmöglich wirksame Maßnahmen zur Entlastung der energieintensiven Unternehmen zu ergreifen, um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands sowie Wertschöpfungsketten zu erhalten. Auch und vor allem im Sinne unserer Beschäftigten.